



Trister Ausblick: Studieren in Cambridge wird schwieriger als vor dem Brexit.

Foto Getty

Die Anglistik-Fachschaft der Universität Heidelberg hat zum Online-Info-Abend geladen. Gut 60 Studierende haben sich für „Erasmus 2021-22“ angemeldet. Sie fragen: Findet Erasmus mit Großbritannien weiterhin statt? Lohnt sich die Bewerbung überhaupt? Bleiben die Zuschüsse gleich?

Das war im November letzten Jahres – die zweite Corona-Welle im Anmarsch und eine Brexit-Einigung noch nicht in Sicht. Aber dass der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs mit oder ohne Vertrag nichts Gutes für Erasmus, das europaweite Austauschprogramm zwischen Hochschulen, bedeuten würde, lag zumindest nahe. „Das war keine Überraschung für uns“, sagt Eva Bensberg, studentische Hilfskraft im Heidelberger Englisch Department. Genauer nennt Bensberg sich „Erasmus Assistentin“ und unterstützt die Kommilitonen bei Fragen rund ums Programm. Die Botschaft der 22-Jährigen im November: „Bewerbt euch, es lohnt sich, wir haben sehr viele Plätze.“

Ein Vierteljahr später sind rund 70 Plätze vergeben, der Löwenanteil davon in Großbritannien, und das Erasmus-Team hält wieder ein Online-Info-Meeting ab. Die EU hat mittlerweile ein Ausstiegsverfahren mit dem Vereinigten Königreich ausgehandelt: Bis zum 31. März 2023 werden die UK-Kooperationshochschulen keine Studiengebühren erheben. So einfach und so fair, wie die Uni Heidelberg das Verfahren halten möchte, bleibt es dennoch nicht, denn die neuen Visabestimmungen gelten schon jetzt. „Die Visa-gebühren werden nicht erstattet, und Krankenkassenkosten kommen hinzu“, sagt Bensberg. Die Anglistik-Studentin hat das mal zusammengerechnet und ist auf rund 950 Euro gekommen. „Das ist schon ein Batzen Geld, das hat man nicht einfach so herumliegen.“

Verglichen mit den Studiengebühren, die ab 2023 für ein UK-Auslandsstudium erhoben werden sollen, sind es allerdings sprichwörtliche Peanuts. Dann müssen

Keine Peanuts mehr

Was wird aus dem Auslandssemester in England, jetzt, wo der Brexit wirklich durch ist?

Von Deike Uhtenwoldt

EU-Bürger die „international fees“ bezahlen, die oft doppelt so teuer sind wie die Gebühren für Studierende mit britischem Pass und die schnell den Preis eines Mittelklassewagens erreichen können. „Ich habe mir mal aus Spaß angeschaut, wie viel dann ein Studienjahr in Oxford kosten würde – da geht es schon auf die 30 000 Pfund zu“, sagt Eva Bensberg. Vor zwei Jahren hat sie selbst noch als Erasmus-Stipendiatin in Belfast studiert. Für ihren Master will sie nach Galway in die Republik Irland gehen. „Sonst hätte ich mir auch überlegt, in England meinen Master zu machen“, so Bensberg, „aber das ist dann doch viel zu teuer.“

Noch steht Großbritannien hierzulande hinter Spanien auf Top 2 der fragtesten Erasmus-Zielländer und nahm allein 2018 rund 17 000 Studierende aus Deutschland auf. Bis zum Ausbruch der Corona-Krise mit leicht, aber stetig wachsender Tendenz, meldet der Deutsche Akademische Austauschdienst DAAD. Wie geht es weiter nach der Doppelkrise aus Brexit und Pandemie?

„Ich mache mir keine Sorgen um die britischen Hochschulen“, sagt Joybrato Mukherjee. Der DAAD-Präsident ist

überzeugt, dass die renommierten Hochschulen in Großbritannien auch zukünftig genügend ausländische Studierende rekrutieren werden. Nur, dass diese häufiger aus der ganzen Welt und seltener aus Europa kommen werden: „Man kann es drehen und wenden, wie man will: Der Ausstieg aus Erasmus wird zu einem massiven Rückgang der Austauschzahlen mit Großbritannien führen.“

Mukherjees eigene Fakultät an der Justus-Liebig-Universität Gießen handelt aktuell mit den britischen Partnern Rabatte bei den Studiengebühren aus und wirbt weiterhin dafür, dass britische Studierende nach Gießen kommen. Gleichzeitig wurden neue Partneruniversitäten in Australien, den Vereinigten Staaten und Sri Lanka unter Vertrag genommen: „Die Anglistik steht und fällt mit dem Austausch mit englischsprachigen Destinationen“, sagt der Professor für englische Sprachwissenschaft. Unterstützt werden die Studierenden, für die der Austausch teilweise verpflichtend ist, mit einem hochschuleigenen Stipendium oder durch Erasmus. „Das Element Erasmus International erlaubt es auch jetzt schon, Stipendien für den Aus-

tausch mit Nicht-Erasmus-Ländern zu vergeben“, erklärt Mukherjee.

Eine Überlegung aus Brüssel: Großbritannien zukünftig in die Liste der internationalen Partnerländer aufzunehmen. Der Auslandsaufenthalt in solchen Ländern wird allerdings mit deutlich weniger Geld gefördert als das Studium in einem Erasmus-Land. „Das ist gedeckelt auf 20 Prozent der Mittel und gilt für viele Länder von Australien bis Südafrika“, gibt auch Mukherjee zu bedenken. Mit anderen Worten: Viel ändern würde es nicht. Aber es wäre weit wahrscheinlicher als ein neues Anschlussprogramm zwischen Kontinentaleuropa und Großbritannien für den Studierenden- und Wissenschaftsaustausch, so der DAAD-Präsident: „Die Briten sind ja aus Erasmus ausgestiegen, weil es ihnen zu teuer geworden ist.“ Interesse könnten sie eher an binationalen Verträgen haben, wenn dadurch auch der Austausch von Forschung gewährleistet werde. Aber das brauche noch Zeit. „Der Rauch muss noch verfliegen, die Emotionen auf beiden Seiten müssen abkühlen – und dann kann es auf nationaler oder vielleicht auch supranationaler Ebene doch noch zu einer Lösung kommen“, sagt Mukherjee.

Kurzfristig richten sich daher alle Hoffnungen auf die Zusammenarbeit der einzelnen Hochschulen. Der DAAD will nach der Bundestagswahl gerade den bewährten Partnerschaften mit Austauschstipendien unter die Arme greifen. An Antragstellern dürfte es dann keinen Mangel geben: Allein die Heidelberger Anglistik verfügt über 36 Kooperationshochschulen, ein Großteil von ihnen im Vereinigten Königreich. Die meisten hätten sich schon gemeldet und Interesse an einer weitergehenden Partnerschaft signalisiert, sagt Erasmus-Assistentin Bensberg. Selbst die Universität Brighton, die schon vorzeitig aus Erasmus ausgestiegen sei, und natürlich erst recht die Uni Belfast, die am liebsten daran festhalten möchte. Vielleicht ja nach schottischem Vorbild mit Gebührenstipendien, die EU-Studierende an schottische Hochschulen binden sollen.